

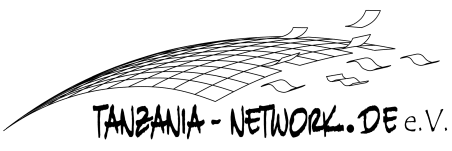
Deutscher Kolonialismus: Erinnerung und Dialog

Reader für die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestags



vorgelegt von:

DEPO Deutschland Postkolonial e.V.

und  TANZANIA-NETWORK.DE e.V.

v.i.S.d.P.: Konni Freier, Stefanie Michels

AutorInnen:
Oliver Diepes, Konni Freier, Alexander Frings, Marie-Chantal Lopez, Stefanie Michels, George Néglokpé, Adelheid Wessler

Das Urheberrecht für die einzelnen Beiträge liegt bei den Autoren bzw. DEPO Deutschland postkolonial e.V. und Koordinationsstelle Tanzania-Network.de e.V. - Verwendung (auch ausschnittsweise) nur nach vorheriger Genehmigung!

Redaktion:
Oliver Diepes, Konni Freier

**Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

das Thema der europäischen und deutschen Kolonialgeschichte gewinnt aktuell in der öffentlichen Diskussion an Bedeutung. Auch der deutsche Bundestag hat in den letzten Monaten und Jahren den deutschen Kolonialismus in seiner historischen Ausprägung und seinen aktuellen Bezügen zu politischer Verantwortung und ethisch-moralischer Wiedergutmachung thematisiert. Verschiedene Jahrestage, die in afrikanischen Staaten begangen werden, werfen Fragen auf, deren Beantwortung einen Dialog zwischen Deutschland und den politischen Nachfolgern der ehemaligen Kolonialgebiete einfordern.

Tanzania-Network.de e.V. und Deutschland Postkolonial e.V. engagieren sich neben anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen in Deutschland für Dialog und Versöhnung mit den Menschen aus den ehemaligen deutschen Kolonien. Wir möchten Ihnen diesen Reader als einen Überblick über die grundlegenden historischen und politischen Fakten des deutschen Kolonialismus anbieten. Wir bitten Sie als Mitglieder des Deutschen Bundestages, sich in Ihren Fraktionen und in der Öffentlichkeit für eine Aufarbeitung dieses Bestandteils der deutschen Geschichte und für einen gleichberechtigten Dialog einzusetzen.

In den Jahren 2004 und 2005 erlangte das Thema des deutschen Kolonialismus vorübergehend öffentliche Aufmerksamkeit. Damals jährten sich der Völkermord an den Herero in Namibia und der Maji-Maji-Krieg in Tansania zum 100. Mal. Die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und der aufrichtige Umgang mit der eigenen, schwierigen Vergangenheit sind eine Grundvoraussetzung für die Versöhnung mit den Menschen in den Ländern der ehemaligen Kolonien.

Der folgende kurze Abriss soll zeigen, dass unsere koloniale Vergangenheit bis heute nachwirkt. Die Grundsteine des kolonialen Systems wurden von den Deutschen gelegt und sind noch heute im Bewusstsein der Bevölkerung verwurzelt. Deutschland trägt somit eine historische Verantwortung, nicht nur gegenüber Namibia und Tansania, sondern gegenüber allen ehemaligen Kolonien. Diese Verantwortung offiziell anzuerkennen und sich der Geschehnisse zu erinnern ist der notwendige erste Schritt, der von der Bundesregierung gefordert ist.

Die Ausübung von kolonialer Herrschaft prägte die kolonisierende Gesellschaft ebenso massiv wie die kolonisierte Gesellschaft. Denken, Handeln und Wahrnehmungen entspringen oft einem kolonialen Diskurs, der einen Teil der Weltbevölkerung als die qualitativ „Anderen“ definierte, weiterhin definiert und oftmals in rassistischer Weise deklariert. Klischeehafte Zuschreibungen von Abendland und Morgenland, Erster und Dritter Welt, dem Westen und dem Rest‘ prägen die Wahrnehmung unserer postkolonialen Weltordnung.

Die dekolonisierten Länder traten ihre politische Unabhängigkeit mit einem kolonialen Erbe an. Formen der sozialen Ungleichheit, interne Konflikte und geringes weltpolitisches und -wirtschaftliches Gewicht sind Aspekte von Strukturen, die sich in der kolonialen Phase herausbildeten und heute weiterwirken.

Wir fordern daher

- eine Verurteilung des deutschen Kolonialismus und seiner Ideologie durch den deutschen Bundestag,
- einen gleichberechtigten Dialog mit den Menschen in den entsprechenden Ländern, der Möglichkeiten einer Wiedergutmachungsleistung Deutschlands beinhaltet,
- den angemessenen Umgang mit unrechtmäßig überführten Gebeinen und Kunstgegenständen,
- die Rücknahme von Ehrungen kolonialer Eroberer/ Eroberungen durch die Umbenennung bzw. Kommentierung von Straßen und Plätzen
- die Reflexion unseres Geschichtsbildes und die aktive Auseinandersetzung mit Rassismus als verbindlichen Bestandteil des Unterrichts in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen,
- die nachhaltige Etablierung einer Erinnerungs- und Versöhnungspolitik als Grundlage einer Entschuldigung durch den Deutschen Bundestag,
- die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel zur Erreichung dieser Ziele.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen zur Verfügung. Gerne vermitteln wir auch den Kontakt zu einschlägigen Experten und Expertinnen.

Eineinhalb Jahrhunderte deutscher Kolonialismus

Eine kolonialpolitische Agitation begann in Deutschland um 1848 und war vor allem von nationalem Prestigestreben und Rivalität zu den europäischen Großmächten geprägt. Verglichen mit anderen europäischen Kolonialmächten betrat Deutschland erst spät die koloniale Arena: 1884 erkannte das Deutsche Reich die privatrechtlich erworbenen Gebiete im heutigen Namibia als sogenannte Schutzgebiete an. Im gleichen Jahr übernahm Deutschland die Herrschaft über Togo und Kamerun, 1885 über Gebiete in Ostafrika (Tansania, Burundi, Ruanda) sowie Teile des heutigen Papua-Neuguineas und die Marshall-Inseln. Vereine mit imperialistischer Zielsetzung forderten nach der Entlassung Bismarcks eine aggressivere Ausweitung der reichsdeutschen Kolonialpolitik. Das chinesische Kiautschou, das heutige Mikronesien und das heutige Westsamoa wurden zwischen 1897 und 1899 kolonisiert.

Kriege des Deutschen Reiches gegen die kolonisierten Bevölkerungen waren in verschiedenen Kolonien getragen von einer rassenideologischen Vorstellung, die den Kriegsgegner als Untermenschen deklassierte und so die praktizierten Vernichtungsstrategien und Unterdrückungsmethoden (Zwangsarbeit, Enteignungen) legitimierte. Flankiert wurde diese Ideologie durch wissenschaftliche Institutionen in Deutschland, die anhand Tausender ‚importierter‘ Schädel anthropologische Untersuchungen anstellte.

Befürworter und Gegner der reichsdeutschen Kolonialpolitik waren nicht entlang der Parteigrenzen organisiert. In allen politischen Lagern fanden sich imperialistische wie kolonialkritische Stimmen.

Nach der Niederlage des Ersten Weltkriegs musste Deutschland mit dem Versailler Vertrag zugunsten der Siegermächte auf seinen kolonialen Besitz verzichten. Dieser Verlust wurde in Deutschland allgemein als Diskriminierung betrachtet. Darüber bestand auch in den verschiedenen politischen Lagern ein breiter Konsens.

Da die NSDAP eine umfassende Abkehr von den Ergebnissen des Versailler Vertrags forderte, bezog der nationalsozialistische Imperialismus insbesondere die ehemaligen deutschen Kolonialgebiete ein. Weitergehende Pläne der Nationalsozialisten, die spätestens in den ersten Kriegsjahren ihren Realitätsbezug verloren hatten, beinhalteten die Eroberung von „Mittelfrika“, also neben Südwestafrika auch Gebiete unter damals britischer und portugiesischer Herrschaft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg führten erst wissenschaftliche Veröffentlichungen der 70er Jahre zögerlich zu einer kritischeren Sichtweise auf die deutsche Kolonialgeschichte, die bisher oftmals als nationale Pionierleistung verherrlicht wurde. Forderungen nach einer Wiedergutmachung für erlittenes koloniales Unrecht, die seit 1990 von namibischen Gruppen erhoben wurden, sowie kolonialhistorische Jahrestage führten zu einer verstärkten Beschäftigung mit der Kolonialgeschichte in Deutschland. Eine vorübergehende Dynamik erhielt diese Diskussion durch die öffentliche Entschuldigung von Bundesministerin Wiercoreck-Zeul gegenüber den namibischen Herero 2004.

Zu einem gleichberechtigten Dialog, wie Deutschland ihn mit den europäischen ehemaligen Kriegsgegnern und mit Israel geführt hatte, kam es im Fall der ehemaligen deutschen Kolonien bisher nicht.

China

Der deutsche Kolonialismus in China und im Südpazifik vollzog sich im Rahmen einer verhängnisvollen Abstimmung unter den sonst stark rivalisierenden Kolonialmächten. Dies gilt im Besonderen für den Fall Chinas.

In China existierten bereits seit Anfang des 19. Jahrhunderts mehrere einflussreiche englische Handelshäuser. Deren gewinnträchtige Geschäfte sicherte die englische Marine militärisch ab, besetzte zeitweise einige Landesteile und erzwang in den sogenannten Opiumkriegen (1840-42 und 1856-1860) die freie Einfuhr von Opium nach China, den freien Zugang von Missionaren und andere Beschneidungen der Souveränität. Die enorme politische, ökonomische und soziale Schwächung des Landes, als in Folge der Opiumkriege, machten sich russische, japanische, französische und amerikanische Firmen zunutze. Die Präsenz von Kriegsschiffen und Militär demonstrierten die wirtschaftlichen und politischen Ambitionen dieser Länder. Auch das Deutsche Reich engagierte sich Ende des 19. Jahrhunderts in China.

Deutsche Kanonenboote waren seit 1869/70 in ostasiatischen Gewässern präsent und bildeten einen Teil der ständigen Drohkulisse der Kolonialmächte. Deutsche Handelsfirmen hatten sich zu dieser Zeit bereits im Nordosten Chinas festgesetzt und deutsche Missionare hatten Missionsstationen errichtet. Die Ermordung zweier Missionare 1887 lieferte einen Vorwand, sich größere Teile Chinas einzuverleiben und die Shantung-Halbinsel wurde militärisch besetzt.

Gegen die Aktivitäten der Kolonialmächte kam es immer wieder zu lokalen Protesten, die schließlich 1900 in einen Befreiungskrieg mündeten, der als „Boxer-Aufstand“ in die Geschichtsbücher einging. Diese „In Gerechtigkeit vereinigten Faustkämpfer“ erhoben sich gegen die Missionen, die Besatzungstruppen und gegen die mit ihnen kollaborierenden chinesischen Beamten und eroberten Peking. Die Ermordung des deutschen Gesandten Clemens Freiherr von Ketteler (1854-1900) am 20. Juni 1900 diente den Kolonialmächten schließlich als Vorwand zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Aufständischen. Die Niederschlagung des Boxeraufstands durch das internationale Expeditionskorps, von denen das Deutsche Reich mit 20.000 Soldaten das weitaus größte Kontingent stellte, erfolgte unter der Führung des deutschen ehemaligen Generalstabschef Feldmarschall Alfred Graf von Waldersee und wurde mit äußerster Brutalität durchgeführt. Unzählige ZivilistInnen verloren infolge verschiedener „Strafexpeditionen“ ihr Leben, wobei die Zahl der Opfer nie ermittelt wurde. Diese Art der Kriegführung, die sich in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung richtete, war bis dahin in Europa unbekannt. Sie wurde in den Kolonien erprobt und gelangte im Ersten und Zweiten Weltkrieg nach Europa zurück.

Als im Herbst 1901 der letzte Widerstand auf dem Land gebrochen war, zwangen die Sieger dem Land einen Friedensvertrag auf. Das sogenannte "Boxerprotokoll" enthielt drakonische Bestimmungen. Zehn hohe chinesische Beamte wurden hingerichtet, viele weitere zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Vor allem ließen sich die kolonialen Mächte ihr "Engagement" in barer Münze zurückzahlen: über 300 Millionen Dollar betrug die "Entschädigung". Zwei unterschiedliche Diskurse fungierten zur Rechtfertigung kolonialer Aktivitäten auf deutscher Seite: ein rassistisch-biologischer, der in den ChinesInnen das unveränderlich Andere erblickte, und ein ethnisch-kultureller, der auf die Veränderung der chinesischen Kultur abzielte. Auf dem ersten der beiden Diskurse beruhte eine bis kurz vor Ende der deutschen Kolonialherrschaft gültige Politik der Segregation zwischen ChinesInnen und Deutschen, auf dem zweiten eine auf die Vermittlung deutscher Kultur an die ChinesInnen zielende Politik. Zur Instrumentalisierung dieser Ereignisse in Deutschland zählen eine Reihe, heute praktisch vergessener Denkmal-Projekte. So gelten viele der immer noch überall in Deutschland zu findenden Iltisstraßen nicht dem Raubtier, sondern der Erinnerung an das erste Gefecht mit deutscher Beteiligung in Fernost, bei dem der deutsche Kreuzer „Iltis“ schwer beschädigt wurde.

Südpazifik

Auch im Pazifik war das Deutsche Reich als Kolonialmacht aktiv. 1899 teilten England, die USA, Frankreich und Deutschland viele Pazifikinseln unter sich auf. Deutschland bekam neben Neu-Guinea die Inseln des Bismarck-Archipels, Teile der Salomonen und mikronesischen Inseln und die Insel Samoa.

In diesen Regionen gilt die klassische koloniale Überformung der einheimischen Gesellschaft als weniger ausgeprägt als in anderen ehemaligen Kolonien. Die traditionellen Dorf- und Feldstrukturen haben sich länger erhalten. Auch waren die hier aktiven deutschen Kolonialpolitiker vergleichsweise moderat. Dass die Kolonialisierung dort reibungslos verlief, als etwa in China oder den deutschen Kolonialgebieten Afrikas, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die dortigen BewohnerInnen Opfer wirtschaftlicher Ausbeutung und verschiedenster Formen von Gewalt waren. So wurden von Plantagenbesitzern Einheimische zur Arbeit gezwungen und in Einzelfällen auf Sklavenmärkten verkauft. Dabei spielten die Missionen eine entscheidende Rolle, sowohl als Wirtschaftsunternehmen als auch als Mediatoren bei der symbolischen Unterwerfung der Bevölkerung. So formulierte der "Missionswissenschaftler" Joseph Schmidlin Anfang des 20. Jahrhunderts: "Durch Strafen und Gesetze kann der Staat den physischen Gehorsam erzwingen, die seelische Unterwürfigkeit und Anhänglichkeit der Eingeborenen bringt die Mission zustande."

Rassistisch-biologische und ethnisch-kulturelle Diskurse spielten auch bei der Rechtfertigung der deutschen Kolonialisierung des Pazifiks eine Schlüsselrolle. Allerdings betonten sie mehr den Aspekt des Exotisch-Schönen der Menschen und Naturräume des Südpazifiks und fungieren in Form vielfältiger, teils bis in die Gegenwart wirkungsmächtiger klischeehafter Darstellungen als Instrumente der Verharmlosung der deutschen Kolonialherrschaft.

Kamerun

Seit den 1870er Jahren waren deutsche Handelshäuser in der Kamerunbucht, dem heutigen Douala, vertreten, welche afrikanische Naturprodukte (Palmöl und -kerne, Elfenbein, Kautschuk und Hölzer) gegen europäische Fertigprodukte tauschten. Aufgrund ihrer großen Konkurrenz zu den englischen Händlern wurde die Forderung nach der Errichtung einer deutschen Handelskolonie immer lauter, unterstützt durch die Kolonialbewegung im Deutschen Reich. Im Juli 1884 wurden Verträge an der Kamerunküste zwischen lokalen Autoritäten und deutschen Kaufleuten abgeschlossen. Neben der friedlichen Unterzeichnung von Protektorsverträgen, die die mündlichen Vereinbarungen und Forderungen der einheimischen Bevölkerung oft gar nicht mehr enthielten, kam es auch immer wieder zu Verweigerungen, so dass die Deutschen blutige Unterwerfungszüge an der Küste und im Hinterland Kameruns vornahmen, um verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu „befrieden“. Nach der Einrichtung einer Kolonialarmee für Kamerun im Jahr 1891 kam es zu einer Zunahme der brutal und häufig genozidal geführten kolonialen Eroberungskriege. In Südkamerun sowie im westlichen Waldland war die Eroberung eng mit dem Kautschukhandel verbunden. Hans Dominik, ein deutscher Offizier in der Schutztruppe, der für die Eroberung des Nordens eingesetzt wurde, wird in Kamerun bis heute als äußerst grausam erinnert.

Neben dem Handel und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch Konzessionsgesellschaften (Süd- und Nordwestkamerun) kam es ab den 1890er Jahren im fruchtbaren Kamerunberggebiet auch zur Anlage von Großplantagen. Das Land wurde mit Hilfe der so genannten „Kronlandverordnung“ enteignet. Es kam zu gewaltsamen Vertreibungen, häufig begleitet von Zwangsarbeit, Folter, Vergewaltigung und der Zerstörung ganzer Dörfer. Beispielhaft dafür steht die Bevölkerungsgruppe der Bakweri, welche aus ihrem traditionellen Lebensraum rund um den Kamerunberg vertrieben wurden, und die sich auch heute noch als benachteiligte Bevölkerungsgruppe in Kamerun sieht. Der Landkonflikt, dessen Wurzeln in der deutschen Kolonialzeit liegen, wird heute zwischen dem Bakweri Land Claims Committee (BLCC), das die Rückgabe der Plantagengrundstücke und eine finanzielle Entschädigung fordert, und der kamerunischen Regierung ausgetragen.

Ein weiteres Beispiel für das chauvinistische Vorgehen der deutschen Kolonialmacht stellen die Duala dar. Während sie zu Anfangs aufgrund ihrer Siedlungsgebiete an der Küste Kameruns noch als Zwischenhändler zwischen Bevölkerungsgruppen aus dem Hinterland und den deutschen Händlern fungierten und 1884 den Vertrag mit den deutschen Kaufleuten unterschrieben, wurde ihnen dieses Monopol von den Deutschen bald streitig gemacht. Auch ihnen drohte die Zwangsumsiedlung, doch mit Rudolf Duala Manga Bell an der Spitze wehrten sich die Duala gegen die deutsche Besatzungsmacht. Zahlreiche Petitionen, selbst im Reichstag, wurden eingereicht. Der gewaltfreie Kampf gegen die Kolonialbehörden und der Einsatz für sein Volk wurden Rudolf Manga Bell jedoch zum Verhängnis. Kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde Rudolf Manga Bell der Spionage beschuldigt und nach kurzem Prozess gehängt. Heute gilt Rudolf Duala Manga Bell als Märtyrer und Vorbild für nachfolgende Befreiungsbewegungen. Seine Hinrichtung unter dem Urteil des „Hochverrates“ kann von vielen Kamerunern auch heute noch nicht hingenommen werden, die Forderung nach der Rehabilitation Rudolf Manga Bells und nach einer Wiedergutmachung der deutschen kolonialen Gräueltaten, in welcher Form auch immer, werden in Kamerun laut. Viele Menschen wünschen sich zumindest eine offizielle Entschuldigung, wie sie auch für die deutschen Taten in Namibia von der Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul 2004 ausgesprochen wurde.

Namibia

Die koloniale Inbesitznahme Namibias wurde durch die privatrechtliche Landnahme des Bremer Kaufmanns Adolf Lüderitz vorbereitet. Lüderitz schloss zu Beginn der 1880er Jahre mit lokalen Machthabern Verträge ab, mit denen er ein Gebiet in der Gegend der späteren Stadt Lüderitz erwarb. 1884 erklärte das Deutsche Reich Südwestafrika zum deutschen Schutzgebiet.

In Kriegen gegen die Gruppen der Herero und Nama zwischen 1904 und 1908 praktizierte das deutsche Militär vor Ort mit Billigung Berlins eine Vernichtungsstrategie gegen die feindlichen Truppen und die zivile Bevölkerung, die nachweislich in einem Genozid mündete. Im Anschluss an die militärische Niederlage wurden die Überlebenden in den namibischen Konzentrationslagern interniert. Der größte Teil der Gefangenen starb an den unmenschlichen Lagerbedingungen und den Folgen der Zwangsarbeit im Eisenbahnbau. Vergewaltigungen durch deutsche Soldaten wurden in der Regel nicht geahndet.

Aufgrund der Enteignung von Land- und Großviehbesitz gerieten die Namibier in den zentralen und südlichen Teilen des Landes in wirtschaftliche Abhängigkeit von den deutschen Farmern. Diamantenfunde bei Lüderitz erhöhten ab 1907 die Attraktivität der Kolonie Deutsch-Südwestafrika als Einwanderungsziel. Da die afrikanische Bevölkerung verstärkt als billiges Arbeitskraftreservoir benötigt wurde, wurde die Mobilität der Namibier durch die Schaffung von Reservaten und die Einführung strenger Passgesetze extrem eingeschränkt. Ehen zwischen Deutschen und Namibiern wurden verboten. Für die Nachkommen der ‚gemischten‘ Beziehungen galt der rechtlose Status der afrikanischen Bevölkerung.

Im Versailler Vertrag von 1919 musste Deutschland auf seine überseeischen Besitzungen verzichten. Als Verwaltungsmacht für Südwestafrika wurde das benachbarte Südafrika, damals Dominion Großbritanniens, vom Völkerbund eingesetzt. Formen der aus der deutschen Kolonialzeit übernommenen räumlichen und gesellschaftlichen Trennung von schwarzer und weißer Bevölkerung mündeten in die südafrikanische Politik der Segregation und später der Apartheid.

Bereits seit den 1970er Jahren erhoben Hererogruppen Forderungen gegen die bundesdeutsche Regierung aufgrund des Völkermordes in den Kriegen zwischen 1904 und 1906 und des während der deutschen Kolonialzeit erlittenen Unrechts. 2001 reichten die Herero vor einem amerikanischen Gericht eine Klage gegen die deutsche Regierung und deutsche Wirtschaftsunternehmen auf Entschädigung wegen „Violations of International Law, Crimes against Humanity, Genocide, Slavery and Forced Labour“ ein, die in den deutschen Medien zeitweilig hohe Beachtung fand.

Das Hundertjahr-Gedächtnis des Ausbruchs des Herero-Krieges 2004 führte zu zahlreichen erinnerungspolitischen Aktivitäten in Deutschland. Auf einer Gedenkfeier in Namibia sprach die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wiecek-Zeul, gegenüber den Vertretern der Herero eine Entschuldigung für den Völkermord und andere Kolonialverbrechen aus. Die angekündigten Verhandlungen zwischen Deutschland und Namibia über eine Form der Wiedergutmachung an Herero und Nama wurden von namibischen Gruppen und Teilen der deutschen Zivilgesellschaft wiederholt und bisher vergeblich angemahnt. Seit Ende letzten Jahres fordern Herero und Nama gemeinsam eine deutsche Wiedergutmachung, die sich durch den Kauf von Land, den Bau von Schulen und Gesundheitszentren, Straßen, Kulturzentren, Bildungseinrichtungen und deren Folgefinanzierung materialisieren soll.

Ruanda

Ruanda erlangte in der Weltöffentlichkeit 1994 traurige Berühmtheit. In dem Jahr starben zwischen April und Juni mindestens eine halbe Million Menschen in einem Völkermord. Nachdem die Europäer seit Mitte der 1970er Jahre die ruandische Regierung mit militärischen und finanziellen Mitteln aufgerüstet und insbesondere 1990 die derartige Unterstützung verstärkt hatten, zogen sie sich nach den ersten Massakern 1994 schnell aus dem Lande zurück und ließen den Tätern freie Bahn. Die Weltöffentlichkeit schaute dem grausigen Geschehen zu und zeigt bis heute nur eine sehr geringe Bereitschaft, ihre Rolle im Zustandekommen des Völkermordes zu untersuchen. Die Berichterstattung stellte den Völkermord in erster Linie als einen „ethnischen“ Konflikt zwischen den Gruppen Hutu und Tutsi dar. Hiermit bediente sie das in Europa vorherrschende Bild über Afrika als ein Kontinent, der von „Stammeskriegen“ heimgesucht wird. Die Hutu waren schnell als die Täter und die Tutsi als die Opfer identifiziert.

Diese Gruppenbezeichnungen als rassistisch-ethnische Kategorien haben ihre Wurzeln in der deutschen Kolonialzeit. Das heutige Ruanda (und auch das Nachbarland Burundi) gehörte zu der Kolonie Deutsch-Ostafrika (DOA). Der erste „Schutzbrief“ für das Gebiet wurde am 27.2.1885 an die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft vergeben und am 1.1.1891 gingen die darin enthaltenen Hoheitsrechte auf das Deutsche Reich über. DOA blieb bis 1916 unter deutscher Kolonialherrschaft. Danach verwaltete Belgien das Gebiet des heutigen Ruanda zunächst als Völkerbund- und später als UN Mandat. Die politische Unabhängigkeit erreichte Ruanda 1962.

Die Kategorisierung der in der Region lebenden Menschen während der Kolonialzeit in Hutu und Tutsi ist ein Akt der „imaginären Ethnografie“, in dem die Kolonialmacht bestehende soziale Strukturen uminterpretiert und im eigenen Sinne ausbaut und radikalisiert. Die Gruppen, die sich damals als WaTutsi und BaHutu bezeichneten, müssen eher als Klassen innerhalb eines Königreichs bezeichnet werden. Die Bevölkerungsmehrheit der BaHutu stand oftmals in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den WaTutsi. Der Unterschied der Gruppen manifestierte sich auch in deren wirtschaftlichen Aktivitäten: Viehzucht der WaTutsi und Ackerbau der BaHutu. Jedoch waren diese Kategorien durchlässig: Verarmte Tutsi wurden zu Hutu und Hutu Häuptlinge konnten zu Tutsi werden.

Diese Durchlässigkeit wurde aufgehoben, nachdem die Kolonialherren die Gruppenbezeichnungen als rassistisch-ethnische Kategorien definierten. Aus den Reiseberichten der ersten Missionare, Militärs und Forscher wird deutlich, dass sie die Bevölkerung in streng getrennte Gruppen unterteilten. Bereits 1899 war von einem „Rassenhass“ zwischen Hutu und Tutsi die Rede. In diesen Äußerungen fand die so genannte Hamiten-Theorie Anwendung, die der britische Forschungsreisende John Speke in den 1860er Jahren zum ersten Mal formulierte. Demnach lebten im Zwischenseengebiet Ostafrikas „Hirtenvölker“, welche aus Äthiopien eingewandert waren. Die dort ansässigen „Völker“, die auch als „schwarze Europäer“ bezeichnet wurden, galten in Europa als höherwertig gegenüber den „Schwarzafrikanern“ aus weiter südlich gelegenen Regionen. Entsprechend wurden die als Tutsi qualifizierten Menschen von der Kolonialverwaltung bevorzugt und somit ihre Führungsposition im sozialen Gefüge ausgebaut und absolut gemacht.

Dieser von europäischen Missionaren, Wissenschaftlern, Militärs und Kolonialbeamten begonnene Diskurs über Rasse und Ethnizität wurde in verschiedenen Massakern 1959, 1973 und schließlich im Genozid 1994 „in die Tat umgesetzt.“

Tansania

Die Errichtung der Kolonie Deutsch-Ostafrika ging auf private Initiativen zurück. 1884 reiste Carl Peters in das Gebiet des heutigen Tansanias, um dort ein „Reich nach seinem Geschmack“ zu errichten und den Grundstein für ein deutsches Kolonialimperium in Afrika zu legen. Mit Gewalt und Betrug sicherte sich *mkono wa damu* (der Mann mit den blutigen Händen) erste „Schutzverträge“ mit lokalen Herrschern, in denen diese ihrer Hoheitsrechte über das Land beraubt wurden. Nach Abschluss der Berliner Konferenz 1885 stellt der deutsche Kaiser die von Peters beanspruchten Gebiete unter „Reichsschutz“.

In den Folgejahren macht sich die von Peters begründete Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft (DOAG) an die Ausdehnung und Ausbeutung des Gebiets. 1888 erheben sich die Küstenbewohner gegen die Herrschaft der Fremden. Mit Hilfe von Söldnern aus anderen afrikanischen Gebieten schlägt der von der Reichsregierung beauftragte Offizier Herrmann von Wissmann den sogenannten „Araberaufstand“ nieder und unterwirft weitere Teile des Landes. 1891 erfolgt die offizielle Gründung der staatlichen Kolonie „Deutsch-Ostafrika“. Bis zur Jahrhundertwende vollenden die Deutschen die gewaltsame Kolonisierung des Gebiets. Die aus Wissmanns Söldnern hervorgehende „Schutztruppe“ ist während dieser Zeit in 60 militärische Konflikte mit den Bewohnern des Landes verwickelt. Am erfolgreichsten setzen sich die Hehe zur Wehr. Als sie schließlich 1898 der Schutztruppe unterliegen, wird der Kopf ihres Führers Mkwawa als Siegestrophäe nach Deutschland geschickt. Erst 1954 erklärt sich die Bundesregierung zur Herausgabe des von den Hehe zurückgeforderten Schädels bereit.

Während der Amtszeit des siedlerfreundlichen Gouverneurs Graf v. Götzen wird die so genannte „Inwertsetzung“ Deutsch-Ostafrikas forciert. Nach 1902 zwingt man die Landesbewohner/innen zu Arbeitseinsätzen auf kommunalen Plantagen, verbietet ihnen die freie Jagd und fordert schließlich das Vierfache der bisherigen Steuer von ihnen. Daraufhin erheben sich 1905 im Maji-Maji-Krieg mehr als zwanzig Völker des Südens der Kolonie zum gemeinsamen Widerstand. Die militärisch weit überlegenen Deutschen greifen zur „Strategie der verbrannten Erde“. Kriegsgefangene werden getötet, Frauen und Kinder verschleppt, Dörfer verbrannt, Vorräte vernichtet. Mehr als 100 000 Afrikaner/innen lassen ihr Leben. Noch größer ist die Zahl der Opfer, die während des I. Weltkriegs in Deutsch-Ostafrika ihr Leben verlieren. Die ausdauernde Gegenwehr, welche Lettow-Vorbeck's Truppen den alliierten Gegnern leisten, hinterlässt eine verwüstete Kolonie. Während des aussichtslosen Kampfes für deutsche Interessen sterben mehr als 500 000 ostafrikanische Söldner, Zwangsrekruten und Zivilisten.

Das Gedenken an den Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika hat eine Reihe von Initiativen angestoßen. Im November 2005 fanden sich mehrere Hundert Personen zur Maji-Maji-Gedenkfeier in der Werkstatt der Kulturen Berlin zusammen. Von Deutschen und Tansaniern wurde eine deutliche Stellungnahme der deutschen sowohl als auch der tansanischen Regierung zu diesem düstersten Kapitel der deutsch-tansanischen Geschichte, die Rückführung von Schädeln und Gebeinen tansanischer Opfer, die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die Wissmann und Peters ehren, gefordert. Beachtung fand das Grußwort von Bundesministerin Wieczorek-Zeul, die die „Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte“ als „eine Grundvoraussetzung für die Versöhnung mit den Menschen in den Ländern der ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika“ bezeichnete.

Im Februar 2006 fand in Songea eine von der Universität Dar es Salaam organisierte offizielle tansanische Gedenkveranstaltung statt, bei der auch der Präsident Kikwete zugegen war.

Togo

In Togo waren neben deutschen Händlern bereits seit 1847 deutsche Missionare der Norddeutschen Mission tätig. Diese frühe missionarische Präsenz wird häufig als ein wichtiger Grund dafür angesehen, dass eine verhältnismäßig große Zahl von Togoern/Togolesen ins koloniale Bildungssystem eingebunden war.

Die Mission hatte ihre Arbeit bei den Ewe an der Küste begonnen und trug erheblich zu dem dominierenden Stand der Ewe im kolonialen Togo bei. Ebenso wie die Duala schlossen die Ewe Verträge mit den Deutschen ab. Am 5. Juli 1884 trafen Dr. Nachtigal, Generalkonsul des Deutschen Reiches, und Mlapa, König von Togo, ein „Übereinkommen“, in dem dieser um „den Schutz“ Seiner Majestät des Deutschen Kaisers bat, damit er in den Stand gesetzt werde, die Unabhängigkeit seines an der Ostgrenze von Porto Seguro bis zur Westgrenze von Lomé oder Bey-Beach sich erstreckenden Gebietes zu sichern.

Durch seinen Vertreter Chief Plakko, Träger des Stockes des Königs, ließ König Mlapa bereits in § 1 des Abkommens betonen, seiner Bitte um Schutz läge der Wunsch zugrunde, „den legitimen Handel, welcher sich hauptsächlich in den Händen deutscher Kaufleute befindet, zu beschützen und den Deutschen Kaufleuten volle Sicherheit des Lebens und Eigentums zu gewähren.“

Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und den Einwohnern Togos gab es vor allem im Norden. Bis 1900 fanden mehrere größere und ständige kleinere Gefechte statt. Die Nordbezirke Togos waren danach der extensiven Form der kolonialen Herrschaft, der sogenannten *indirect rule*, unterworfen und durften nur mit Genehmigung betreten werden. Togo war die kleinste und damit wirtschaftlich unbedeutendste deutsche Kolonie, seiner Etikettierung als „Musterkolonie“ verdankt es jedoch eine exponierte Stellung innerhalb des deutschen Kolonialismus.

Bis heute wird es mit diesem Label assoziiert und stellt damit einen fortdauernden kolonialen Mythos dar. Die Bezeichnung „Musterkolonie“ erweckt jedoch weit positivere Assoziationen, als der dahinter stehende Kern zulässt. Togo war keineswegs ein Beispiel für besonders friedliche koloniale Beziehungen, wie im zeitgenössischen Diskurs und sogar bis in die heutige Zeit kolportiert wird. Im Gegenteil, die Studie von Trutz von Trotha zur kolonialen Herrschaft in Togo hat die grundlegende Bedeutung von Gewalt für die Errichtung kolonialer Staatlichkeit deutlich gezeigt. Ein Grund für die Beschwörung Togos als friedliche „Musterkolonie“ war die Tatsache, dass ihre Kolonialarmee nicht „Schutztruppe“ sondern „Polizeitruppe“ hieß. Da die Polizeitruppe formell der zivilen Sphäre zugeordnet war, waren die Militärausgaben für Togo entsprechend gering. Zudem hatte Togo in absoluten Zahlen die geringste Anzahl von Soldaten (offiziell: „Polizeisoldaten“), in Bezug auf die Bevölkerungsgröße, bewegte sich das Verhältnis jedoch im ähnlichen Rahmen wie Kamerun und Deutsch-Ostafrika. Auch in Togo wurde Land enteignet, allerdings nur kleinere Teile, und an die Konzessionsgesellschaft „Togo-Gesellschaft“ übergeben. Eckpfeiler der Produktion in Togo blieb die wirtschaftlich unabhängig produzierende Bevölkerung.

Weitere Informationen finden Sie bei den folgenden Organisationen und Initiativen:



Koordinationsstelle Tanzania-Network.de
e.V.

im Haus der Demokratie und
Menschenrechte

Tel: 030 / 4172 3582 - Fax: 030 / 4172
3583

www.tanzania-network.de

DEPO Deutschland postkolonial e.V.
erinnern und versöhnen

Tel.: 02171 / 36 22 88

www.deutschland-postkolonial.de

iz3w - informationszentrum 3. welt

Tel: 0761 / 740 03 - Fax: 0761 / 70 98 66

www.iz3w.org

informationsstelle südliches afrika e.V. -
issa

Tel: 0228 / 464369 - Fax: 0228 / 468177

www.issa-bonn.org

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.

Tel.: 040 / 358 93 86 - Fax: 040 / 358 93 88

www.ewnw-hamburg.de

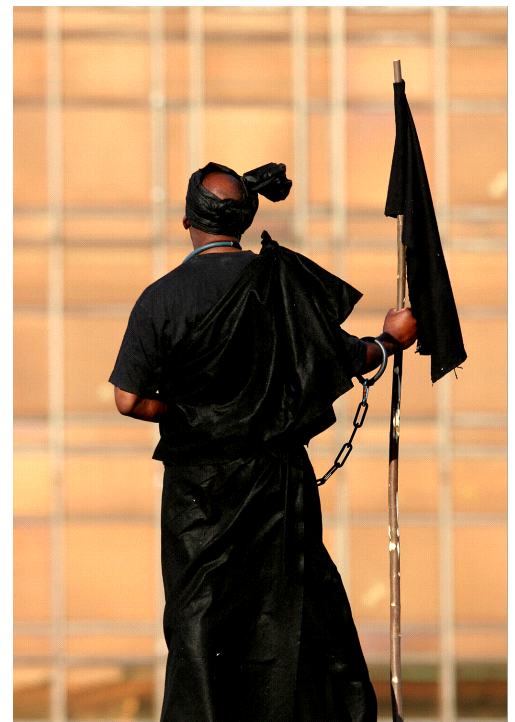
Berlin postkolonial e.V.

Tel.: 030 / 231 321 54

www.berlin-postkolonial.de

Hamburg postkolonial e.V.

www.hamburg-postkolonial.de



Köln postkolonial e.V.

Tel.: 01577 / 4174746 - Fax: 0221 / 4705158

www.koeln-postkolonial.de

Bielefeld postkolonial e.V.

Email: postkolonial@welthaus.de

Freiburg postkolonial e.V.

www.freiburg-postkolonial.de

